AUSGABE 11/2013

PATRICK DÖRING NEWSLETTER

VIER GUTE JAHRE FÜR DEUTSCHLAND

SEITE 10

Freiheit geht vor.

SOLI ABSCHAFFEN. DEUTSCHLAND ENTLASTEN.

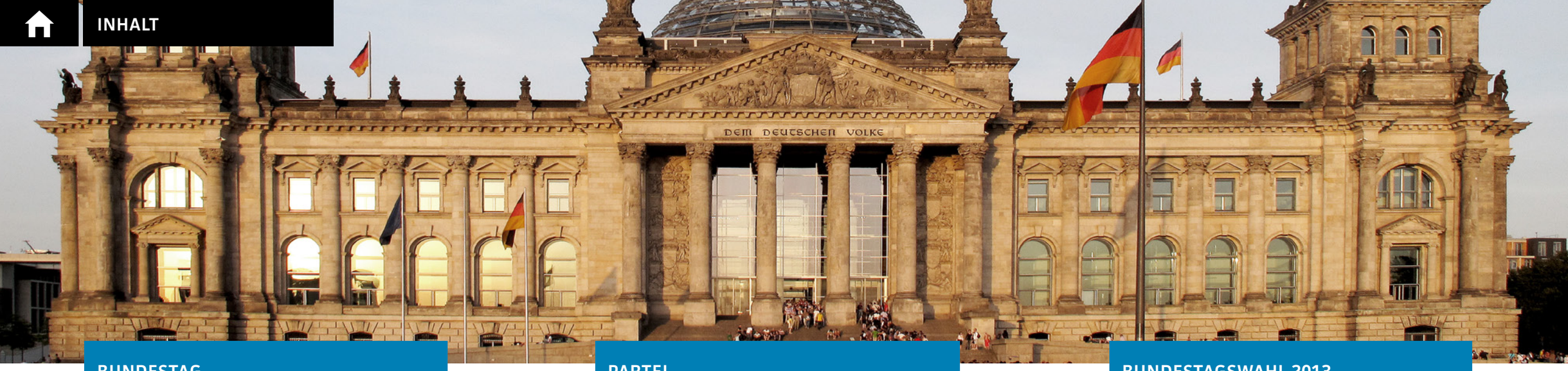
SEITE 32

30 Jahre nach dem Fall der Mauer ist zusammengewachsen, was zusammengehört. Der Soli kann weg.

WAHLKAMPF-VERANSTALTUNGEN

SEITE 40

Alle Großveranstaltungen im Überblick.



BUNDESTAG

WAHLAUFRUF 06
Kämpfen Sie um jede Stimme für die FDP.

VIER GUTE JAHRE 10
Freiheit geht vor.

PLENARDEBATTE 12
Zur Situation in Deutschland.

PATRICK DÖRING IM INTERVIEW 18
SWR 2 Interview.

PARTEI

MINDESTLOHN. 8,50 EURO, 10 EURO, WER BIETET MEHR? 26
Gastbeitrag von FDP-Generalsekretär Patrick Döring.

AKTIONSWOCHE ENTLASTUNG 30
Das Geld gehört den Menschen, nicht dem Staat.

SOLI ABSCHAFFEN. DEUTSCHLAND ENTLASTEN. 32
30 Jahre nach dem Fall der Mauer ist zusammengewachsen, was zusammengehört. Der Soli kann weg.

WAHLKAMPFTOUR 34
Patrick Döring unterwegs in Deutschland.

BUNDESTAGSWAHL 2013

WAHLWERBESPOT DER FDP 36
Video.

DAMIT DEUTSCHLAND STARK BLEIBT 38
Am 22. September 2013 FDP wählen.

WAHLKAMPFVERANSTALTUNGEN 40
Alle Großveranstaltungen im Überblick.

IMPRESSUM

KONTAKT 43
Ihr direkter Draht nach Berlin.

WAHLAUFRUF

Kämpfen Sie um jede Stimme für die FDP.

Wir zählen auf Sie!

Jetzt geht´s um alles! In gut einer Woche, am 22. September, ist Bundestagswahl. Wir haben uns eine gute Ausgangslage erarbeitet, um die erfolgreiche Koalition mit CDU und CSU fortzusetzen. Darauf dürfen wir uns allerdings nicht ausruhen. Jetzt geht es in den alles entscheidenden Endspurt!

Anfang des Jahres haben wir auf dem Bundesparteitag in Berlin die Teamaufstellung festgelegt. Rainer Brüderle ist unsere Sturmspitze und Philipp Rösler ist unser Kapitän. Auf dem Bundesparteitag in Nürnberg haben wir dann nach spannenden Debatten das Bürgerprogramm beschlossen. Dabei haben wir fünf Kernthemen für den Wahlkampf festgelegt: Bildung, Bürgerrechte, Geldwertstabilität, Haushaltskonsolidierung und Entlastung. Dabei machen wir deutlich: Das geht nur mit uns!

Das Gegenprogramm liefern SPD und Grüne. Sie wollen Einheitsbildung, Vorratsdatenspeicherung, Eurobonds, neue Schulden und höhere Steuern. Sie wollen die Kavallerie in die Schweiz schicken und die Bürgerinnen und Bürger mit dem Veggie-Day bevormunden.

Es muss jedem klar sein: Wenn Union und FDP am 22. September keine Mehrheit erhalten, dann gibt es eine Mehrheit links der Mitte. Und wenn die Chance für Rot-Rot-Grün erst einmal da ist, dann wird sie auch ergriffen werden. Nordrhein-Westfalen war das Versuchslabor dafür. Der kleine Parteitag der SPD ist schon für zwei Tage nach der Wahl terminiert. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Wir sind auf Kurs. Wir können vier gute Jahre für Deutschland vorweisen: 1,6 Millionen neue Arbeitsplätze, 22 Milliarden Euro Entlastung für die Mitte der Gesellschaft und der erste strukturell ausgeglichene Haushalt seit über 40 Jahren. Daran wollen wir anknüpfen und weitere vier gute Jahre für Deutschland ermöglichen. Dabei kommt es auf Sie an.

Denn 2009 haben sich knapp ein Drittel der Wähler erst in der letzten Woche vor der Wahl und ganze 15 Prozent erst am Wahltag entschieden. Es wird darauf ankommen, Nichtwähler und Spätentscheider für die FDP zu gewinnen. Kämpfen sie deshalb bis zum 22. September um jede Stimme für die FDP. Wir geben Ihnen dazu das nötige Werkzeug an die Hand – mit Themenwochen, Argumenten, Aktionsvorschlägen und vielem mehr. Egal, wie viel Zeit Sie zur Verfügung haben, jeder Beitrag zählt!

Vier gute Jahre // Freiheit geht vor.

Deutschland ist ein liberales Land. Doch im Alltag gibt es noch zu viele unnötige Einschränkungen der Freiheit. Unter dem Vorwand der Gleichheit gibt es immer wieder Vorstöße, die Freiheit des Einzelnen zu begrenzen. Wir als FDP sind überzeugt, dass alle über ihre Angelegenheiten selbst entscheiden können sollten und möglichst viel individuelle Freiheit die besten Ergebnisse für die Gesellschaft befördert.

In den vergangenen vier Jahren haben wir nicht nur neue Einschränkungen der Freiheit verhindert, sondern Deutschland auch von Altlasten befreit. Denn wir wollen, dass sich alle Bürger frei entfalten können.

Es ist die Verantwortung von Politik, aus der Zeit gefallene Gesetze, untaugliche Regelungen oder unnötige Belastungen wieder außer Kraft zu setzen und abzuschaffen. Gesetze haben keine Ewigkeitsgarantie: Von Zeit zu Zeit gehören sie auf den Prüfstand. Deshalb haben wir an folgenden Stellen Einschränkungen und Belastungen für Bürger und Unternehmen beseitigt:

- *Durch die **Aussetzung der Wehrpflicht** können junge Männer jetzt frei zwischen der Bundeswehr, einem Studium, einer Ausbildung oder dem Bundesfreiwilligendienst wählen.*
- *Die **Abschaffung der Praxisgebühr** hat Patienten um 2 Milliarden Euro jährlich entlastet und Arztpraxen von unnötiger Bürokratie befreit und damit mehr Zeit für Patienten geschaffen.*
- *Der **Stopp des teuren Bürokratiemonsters ELENA** (zentrale Einkommensteuerdatenbank) hat insbesondere kleine und mittlere Unternehmen stark entlastet.*
- *Der **Abbau der Überförderung von Solarstrom** bremst drastisch ansteigende Strompreise aufgrund der EEG-Umlage.*

DAMIT SIE SICH FREI ENTFALTEN KÖNNEN, HABEN WIR DEUTSCHLAND MODERNISIERT.

Es ist unser Anspruch, neue Freiräume zu schaffen. Die Gesellschaft verändert sich beständig und Politik muss diesen Veränderungen Rechnung tragen. Deshalb hat die FDP-Bundestagsfraktion in den vergangenen vier Jahren an folgenden Stellen neue Freiheitsrechte für viele Bürger garantiert:

- *Mit der **Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften** unter anderem bei der Erbschaftsteuer, der Grunderwerbsteuer, dem BAföG, beim Beamten-, Richter- und Soldatenrecht haben wir die Rechte von Partnerschaften gestärkt und in vielen Bereichen mit der Ehe gleichgestellt. Dies gilt nun auch für den Bereich des Einkommenssteuerrechts. Wir haben das Ehegattensplitting auch auf Lebenspartnerschaften ausgeweitet.*
- *Die **Einführung des Führerscheins mit 17** sorgt für mehr Mobilität junger Menschen und für bessere Verkehrssicherheit bei Fahranfängern.*
- ***Kinderlärm** ist durch unsere Politik **nicht länger eine schädliche Umwelteinwirkung**, gegen die man klagen kann. Denn nur eine Gesellschaft mit lebhaften Kindern hat eine lebendige Zukunft.*
- *Mit der **Einführung eines Entschädigungsanspruchs für überlange Gerichtsverfahren** können Bürger ihrem Recht auf angemessene Prozessdauer Nachdruck verleihen.*

Mit Überzeugungen, Mut und Ausdauer haben wir viele kleine und große Erfolge für unser Land erreicht. Wir haben Deutschland wieder ein Stück liberaler gemacht.

PLENARDEBATTE

Zur Situation in Deutschland

Jetzt ansehen.

© Deutscher Bundestag // Marc-Steffen Unger

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 50 Prozent der Ausgaben des Bundeshaushalts, den diese Bundesregierung vorlegt, erfolgen für soziale Zwecke. 50 Prozent der Gesamtausgaben dieses Staates für die Menschen, die diesen Staat nötig haben!

(Elke Ferner (SPD): Sozialpolitik à la Döring!)

Das alles kommt von den 43 Millionen Männern und Frauen, die morgens aufstehen und arbeiten gehen, und den 4 Millionen Männern und Frauen, die mit Haus und Hof haften und Arbeitsplätze schaffen. Über die hat die versammelte Opposition kein Wort verloren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir vergessen nicht, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diese Last tragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, die Kollegin Nahles hat hier gesagt: „… Wahltag ist Zahltag". Das stimmt, wenn man die Falschen wählt; denn Sie wollen ja die Einkommensteuer für alle erhöhen, die Pendlerpauschale abschaffen, das Ehegattensplitting abschaffen.

(Elke Ferner (SPD): Sie lügen doch! Sie lügen!)

Sie wollen die Steuern erhöhen und von den Bürgern nur eines, nämlich mehr Geld, und das werden wir verhindern.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU Christian Lange (Backnang) (SPD): Sie werden gar nichts mehr verhindern! Elke Ferner (SPD): Sie verhindern gar nichts mehr!)

Daneben kommen Sie noch mit der ominösen Vermögensteuer und der Vermögensabgabe. Den Menschen, die etwas auf die Seite gelegt haben, die ihr Erspartes in vermieteten Wohnraum investiert haben oder die Handwerksbetriebe führen und Arbeits- und Ausbildungsplätze anbieten, sollen jetzt aus ihrem Ersparten und bereits versteuerten Vermögen zusätzliche Abgaben zahlen. Sie fassen den Fleißigen in die Tasche; nichts anderes verstehen Sie. Mit Leistung hat das nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU Elke Ferner (SPD): Oh wie platt, Herr Döring!)

Unterschwellig wird dann immer gesagt: Na ja, wir wollen ja von den Bürgern nur das Beste, nämlich mehr Geld das ist ja die einzige Antwort auf die Probleme dieser Zeit, die Sie geben , damit wir mehr für Bildung und Infrastruktur tun können. Schauen wir einmal in die Länder, in denen Rot und Grün regieren. In Baden-Württemberg: weniger Lehrer, weniger Ausgaben für Straßen. In Nordrhein-Westfalen: weniger Lehrer, weniger Ausgaben für Straßen. In Niedersachsen: weniger Lehrer, weniger Ausgaben für Straßen. Sie haben mehr Steuereinnahmen und machen höhere Schulden, aber investieren da, wo Sie regieren, nicht in Bildung und Infrastruktur.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Schwarz-Gelb steht für Leistungsgerechtigkeit statt Umverteilung. Wir wollen, dass es den Menschen weiter gut geht. Ja, das Soziale in der sozialen Marktwirtschaft definiert sich nicht durch die Höhe von Hartz IV, sondern durch die Chance auf einen Arbeitsplatz. Wir trauen uns, das noch zu sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dann hat Frau Göring-Eckart sich hier furchtbar angestrengt, deutlich zu machen, dass die Grünen nicht die Verbotspartei der Republik sind. Vielleicht findet sich auf einer Autofahrt die Zeit, das noch einmal nachzulesen. Autofahren am Sonntag: verboten!

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gurtpflicht! Vergessen Sie die Gurtpflicht nicht!)

Erste Klasse im ICE: verboten! Heizpilze: Verboten! Rauchen in der Öffentlichkeit: verboten! Fleisch am Donnerstag: verboten! Ölheizung: So etwas von verboten!

(Elke Ferner (SPD): Das einzig Verbotene ist Ihre Rede hier!)

Verboten, verboten, verboten! Das ist der grüne Sound. Die Spießigkeit des Jahres 2013 ist grün.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

All das taugt vielleicht für die Hausordnung eines grünen Landschulheims; für unser freies schönes Deutschland taugt es nicht. Deshalb setzen wir auf die Kraft der Bürger und sind ganz sicher: Die Menschen können mit ihrem hart verdienten Geld viel besser umgehen als die Politik.

Wir haben Rekordsteuereinnahmen und Steuern gesenkt. Diesen Weg gehen wir weiter. Solide Haushalte und Entlastung derjenigen, die morgens aufstehen und zur Arbeit gehen, das widerspricht sich nicht. Wir denken an die Fleißigen, an diejenigen, die dieses Land gemeinsam mit uns voranbringen. Sie wollen immer nur eins: mehr Geld von denen, die morgens aufstehen und arbeiten. Das unterscheidet uns. Der Wähler wird entscheiden: am 22. September für die Fortsetzung von Schwarz-Gelb. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Anzeige

Die Liberale Depesche (kurz elde) ist das Magazin für politisch engagierte und interessierte Menschen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Sie richtet sich an Leser mit einem liberalen Lebensgefühl und einer freiheitlichen Vorstellung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.

→ Hier eine **KOSTENLOSE PROBEAUSGABE** der elde bestellen.

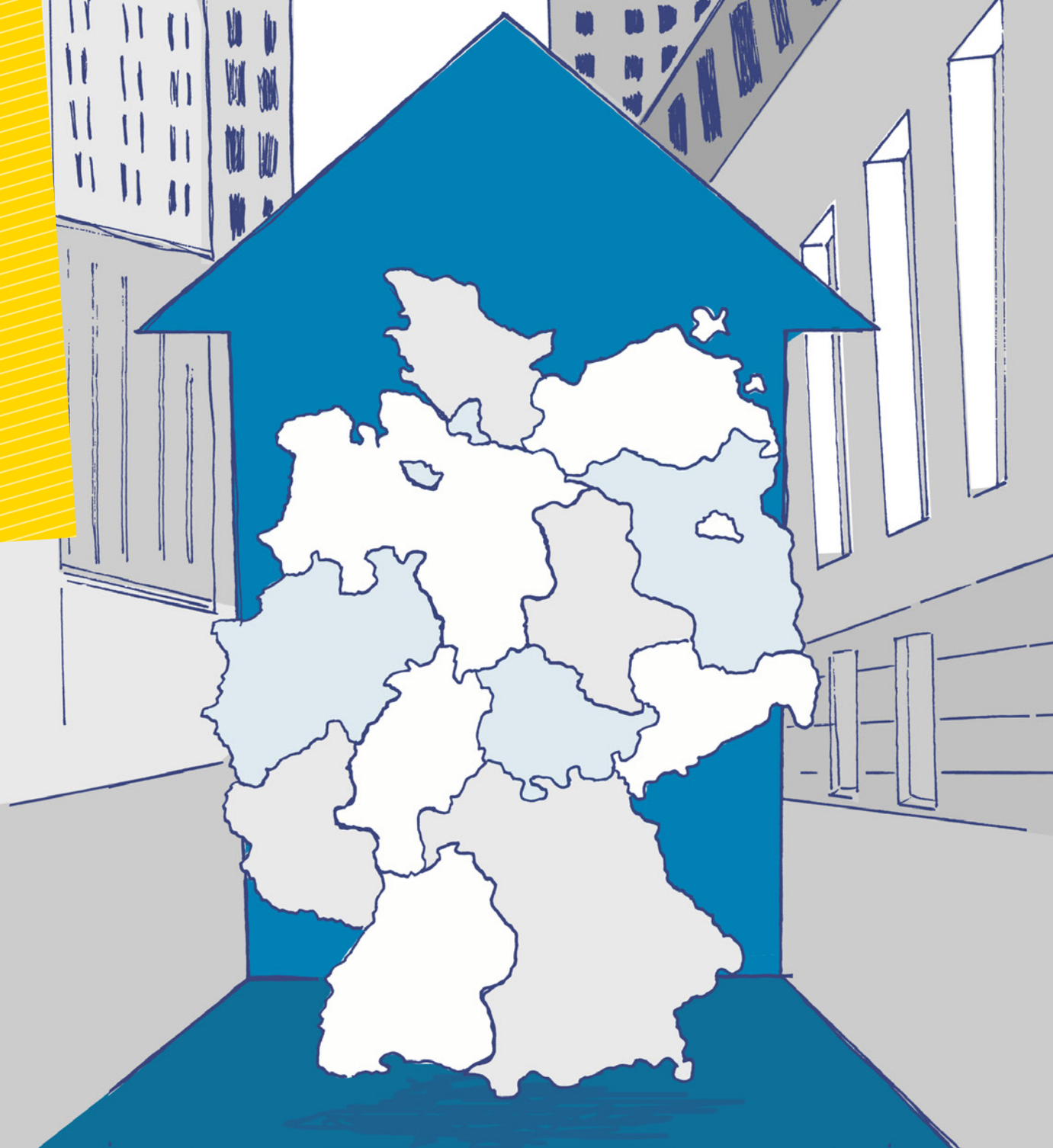
→ Oder gleich die elde **ABONNIEREN**.

„Das waren vier gute Jahre für Deutschland.“

SWR 2 Interview, 07.09.2013.

FDP-Generalsekretär PATRICK DÖRING zieht im SWR 2 Interview der Woche vom Samstag ein positives Fazit der vergangenen vier Jahre, denn „am Ende stimmen die Ergebnisse“, auch wenn die Koalition einen „holprigen Start“ gehabt habe. Auch der aktuelle Wahlkampf „läuft gut“, er sei „hochmotivierend“. „Und es geht ja auch um was. Es geht darum, ob es stabile Verhältnisse gibt mit Schwarz-Gelb, oder ob die SPD doch in die Versuchung kommt, ein rot-rot-grünes Experiment einzugehen, oder es erneut zu eine lethargischen großen Koalition kommt. Nein, klare Verhältnisse gibt es mit einer starken FDP und dafür kämpfen wir. Und die Zahlen, die wir sehen und den Zuspruch, den wir erleben, die machen uns Mut.“

Fragen/Bericht: JAN SEIDEL.



Herr Döring, in zwei Wochen wählen wir einen neuen Bundestag. Wenn Sie auf die vergangenen vier Jahre der schwarz-gelben Koalition zurückblicken, wie fällt Ihr Urteil aus?

Wenn man die Bilanz zieht, jetzt nach vier Jahren, muss man sagen, dass waren vier gute Jahre für Deutschland. 1,6 Millionen Menschen haben zusätzlich Arbeit gefunden, Deutschlands Wirtschaft wächst weiter, wir machen so wenig Schulden wie seit 35 Jahren nicht, und wir haben die arbeitende Mitte der Bevölkerung dennoch um 22 Milliarden Euro entlasten können. Es war ein holpriger Start, aber am Ende stimmen die Ergebnisse.

Sie ziehen ein positives Fazit, trotzdem erinnern sich viele Menschen vor allem an eine „Krawall-Koalition", in der sehr viel gestritten worden ist.

Welche Fehler haben Sie zu Beginn der Koalition gemacht?

Man soll ja nicht zu sehr zurück schauen, aber ich denke schon, dass wir unterschätzt haben, in welcher einmaligen Lage wir waren. Es gab ja noch nie die Situation, dass der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin im Amt blieben und die Koalition sich veränderte. Die Union kam aus vier Jahren großer Koalition, wir haben ein großartiges Ergebnis erarbeitet. Die Menschen wollten, dass wir mit Reformeifer diese neue Koalition beginnen, und dann haben wir uns in der Tat in manchen Details unnötigerweise verhakt, aber wir haben auch nicht mit der Geschwindigkeit losgelegt, wie sich das viele Wählerinnen und Wähler gewünscht haben, aus Rücksicht auf die damalige Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen.

Das war aus meiner Sicht rückblickend der schwerste Fehler, nicht voller Elan die eigene Mehrheit im Bundestag und Bundesrat genutzt zu haben, sondern zu taktieren, in der Hoffnung, dass das sich positiv auswirkt auf die Wahl im Mai 2010 in NRW, die dann dennoch verloren ging. Das haben uns die Menschen zu Recht übel genommen. Gerade wir als FDP wurden gewählt, mit 14,6 Prozent, um die Lethargie der großen Koalition zu überwinden, um den Weg in marktwirtschaftliche Vernunft und mehr Wettbewerbsfähigkeit zu gehen.

In zwei Wochen wird gewählt. Parteien und Kandidaten sind im Moment im Dauereinsatz. Wie läuft es denn?

Der Wahlkampf der FDP läuft gut. Wir sind viel unterwegs. Wir haben sehr, sehr gut besuchte Kundgebungen. Die Parteifreundinnen und Parteifreunde, die 299 Wahlkreiskandidatinnen und -kandidaten sind sehr, sehr aktiv, auch in den Bundesländern in denen jetzt noch Ferien sind. Ich bin sehr zufrieden mit der Präsenz in der Fläche, mit der plakativen Präsenz, mit dem Verlauf der Veranstaltung. Das ist ein hochmotivierender Wahlkampf, und es geht ja auch um was. Es geht darum, ob es stabile Verhältnisse gibt mit Schwarz-Gelb, oder ob die SPD doch in die Versuchung kommt, ein rot-rot-grünes Experiment einzugehen, oder es erneut zu eine lethargischen großen Koalition kommt. Nein, klare Verhältnisse gibt es mit einer starken FDP und dafür kämpfen wir. Und die Zahlen, die wir sehen und den Zuspruch, den wir erleben, die machen uns Mut für die kommenden 14 Tage.

Der DGB demonstriert an diesem Wochenende und fordert, Schwarz-Gelb abzulösen, ist eher für SPD, Linke und Grüne. Können Sie Demonstrationen des DGB verstehen? Sie haben selber gerade gesagt, die schwarz-gel-

be Koalition kann sich über eine massiv gesunkene Arbeitslosenzahl freuen.

Auf mich machen die Gewerkschaften einen ein bisschen betriebsblinden Eindruck. Eigentlich sollten sich Gewerkschaften doch freuen, wenn 1,6 Millionen Menschen weniger arbeitslos sind als 2009. Gewerkschaften sollten eine Regierung unterstützen, wenn die sich darum kümmert, dass die Nettolöhne steigen. Gewerkschaften sollten sich freuen, wenn Lohnnebenkosten zur Rentenversicherung, zur Arbeitslosenversicherung sinken und damit mehr Netto bei den Arbeitnehmern verbleibt. Und Gewerkschaften sollten sich freuen, wenn die deutsche Wirtschaft so wächst, dass endlich auch wieder Reallohnsteigerungen möglich sind. Die Tarifabschlüsse zeigen doch, dass das nur geht, weil Deutschlands Wirtschaft weiter wächst.
Das ist ein bisschen politische Folklore, die in einem Wahlkampf dazu kommt. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auch für die waren das vier gute Jahre, die 43 Millionen Männer und Frauen, die morgens aufstehen und arbeiten gehen, die halten dieses Land zusammen. 50 Prozent der Ausgaben des Bundeshaushaltes sind für soziale Zwecke reserviert. Das geht nur, weil 43 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und vier Millionen Selbständige gemeinsam den Karren ziehen, und dass die Gewerkschaften sich so einseitig auf die Seite einer Steuererhöhungs- und einer Schuldenmacher-Koalition schlagen, das nimmt der Sache aus meiner Sicht die Ernsthaftigkeit und deshalb wird auch diese Demonstration jetzt stattfinden, aber sie geht, glaube ich, an der Realität und an dem realen Empfinden vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vorbei.

Die FDP-Führung trifft sich in der kommenden Woche noch einmal

in Mainz zu einem Wahlkonvent. Was genau wird da passieren?

Wir werden noch einmal die wichtigsten Botschaften unseres Wahlkampfes, Abbau der kalten Progression, Entlastung und der arbeitenden Mitte in der Bevölkerung, Stabilität unserer Haushalte, kluge und vernünftige Gesundheitspolitik ohne Einheitskassen, aber eben auch ganz klar die Koalitionsfrage beantworten nämlich, keine Ampel, sondern wir werden die Stimmen der Wählerinnen und Wähler der FDP für

die Fortsetzung von Schwarz-Gelb oder eine kraftvolle Opposition gegen Rot-Rot-Grün verwenden und nicht ampeln und nicht hampeln.

Wir schaffen Klarheit! Ich wünschte, diese Klarheit käme von Sozialdemokraten und Grünen auch, in Richtung Linkspartei. Das kommt sie nicht, und deshalb bin ich der festen Überzeugung, die Alternative zu Schwarz-Gelb ist nicht die große Koalition, sondern Rot-Rot-Grün. Wer das in Nordrhein-Westfalen macht - und das ist gemacht worden von Rot und Grün - der wird im Bund nicht lange zögern.

Sie legen sich fest, eine Ampel-Koalition wird es nach der Wahl nicht geben?

Wird es nicht geben, werden wir durch Beschluss ausschließen. Und Freie Demokraten halten sich an ihre eigenen Beschlüsse vor der Wahl, auch nach der Wahl.

Wenn Sie auf die Bundestagswahl schauen, wie gefährlich ist die Alternative für Deutschland für ihre Partei?

Zunächst einmal ist die Alternative für Deutschland ein parteipolitisches Sammelbecken für viele Menschen, die sich zu Recht unwohl fühlen und nicht übersehen, welche Folgen hat die europäische Stabilisierungspolitik. Ich habe Verständnis dafür, dass manche Menschen Angst um ihr Vermögen haben, die Niedrigzinsphase mit Sorge sehen und vielleicht auch das Gefühl haben, dass die Stabilität und das Zusammenhalten des Euros einen zu hohen Preis erfordert. Aber die inhaltliche Auseinandersetzung, die darf man als FDP nicht scheuen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die meisten Menschen der Bundesrepublik Deutschland den Euro weiter wollen. Ich bin der festen Überzeugung, dass ein Ausstieg aus dem Euro unseren wirtschaftlichen Wohlstand bedrohen würde, unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit — insbesondere im Exportbereich und das ist die Hälfte unseres BIP — gefährden würde. Und deshalb rufen wir denjenigen zu, die zwischen Union und FDP einerseits, meinetwegen auch der SPD und anderseits der AfD schwanken: Viele werden, wenn sie ihre Stimme an die AfD verschenken, am Ende mit Rot-Rot-Grün mit größerer Haftung für Deutschland, mit größeren Risiken für Deutschlands Steuerzahler und mit höherer Inflation dann aufwachen.

Wer im Euro bleiben will und den Schutz deutscher Steuergelder in den Vordergrund rückt, der muss die Koalitionsparteien unterstützen, denn wir haben einen Weg der begrenzten Haftung und der Konsolidierung der Haushalte in Europa eingeschlagen. Diesen Weg wollen wir weiter gehen. Jürgen Trittin und Peer Steinbrück wollen Eurobonds, die Vergemeinschaftung aller Schulden in Europa für alle, und dann wäre Deutschland am Ende auch haftbar für die Schulden von Spanien, Italien und Frankreich. Diesen Weg werden wir nicht gehen, wollen wir nicht gehen. Und sowohl in einer großen Koalition als auch unter Rot-Rot-Grün, erhöht sich das Risiko für Deutschlands Sparer, erhöht sich das Risiko, dass Deutschland am Ende haften muss und deshalb glaube ich, sind alle gut beraten zu wägen, ob es nicht doch richtig ist, den jetzigen Kurs weiter zu gehen. Und für den stehen Union und FDP.

Gastbeitrag für die „Frankfurter Rundschau“

Berlin. Der FDP-Generalsekretär und stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion PATRICK DÖRING schrieb für die „Frankfurter Rundschau“ zu der Frage „Schaffen Mindestlöhne mehr Gerechtigkeit?“ den folgenden Gastbeitrag:

„Deutschland geht es gut. Seitdem Union und FDP regieren, ist alle 80 Sekunden ein neuer Arbeitsplatz entstanden. Das sind 1,6 Millionen insgesamt. Zu keinem anderen Zeitpunkt hatten mehr Menschen im wiedervereinigten Deutschland Arbeit. Weniger als drei Millionen Menschen sind arbeitslos, in einigen Regionen herrscht Vollbeschäftigung.

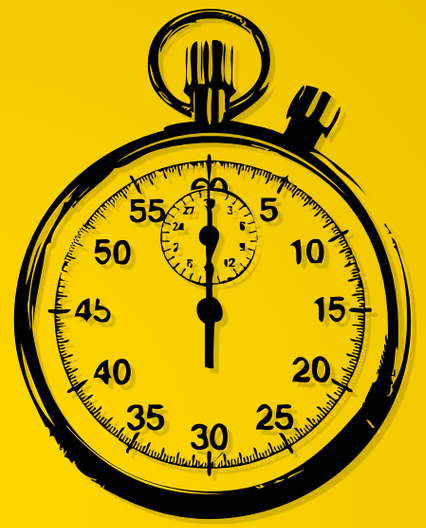
Denkt man an die Eurokrise und die Lage in anderen Staaten Europas ist

das nicht nur bemerkenswert, sondern eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Griechenland und Spanien haben eine Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent. Deutschland hat mit weniger als acht Prozent den geringsten Wert in ganz Europa. Wir Liberale wissen: Die Agenda 2010 war richtig und der Auftakt für ein neues Jobwunder in Deutschland.

An diesem Jobwunder hat die schwarz-gelbe Politik der Konsolidierung und Entlastung ihren Anteil, allerdings ist es vor allem das Verdienst der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in unserem Land. Sie schaffen Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Und sie schaffen Gerechtigkeit. Denn es sind die Tarifpartner, die seit eh und je in der Sozialen Marktwirtschaft Löhne und Arbeitsbedingungen aushandeln, grundgesetzlich verbrieft als Tarifautonomie. Die Tarifpartner tragen Sorge dafür, dass sich die Löhne angemessen entwickeln. Dass sie steigen, damit die Menschen mehr Geld in der Tasche haben und die Inflation ausgeglichen wird, jedoch nur so weit, dass die Jobs weiterhin rentabel sind und nicht abgebaut oder ins Ausland verlagert werden.

WENIGER ALS 8 PROZENT JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Wir Liberale bekennen uns zur Tarifautonomie. Denn sie belässt die Verantwortung bei denen, die die Löhne erhalten oder bezahlen, und sorgt so für gerechte Lösungen. Der allgemeine, flächendeckende Mindestlohn, wie ihn SPD, Grüne und Linke fordern, ist hingegen das genaue Gegenteil. Er legt die Lohnfindung in die Hände der Politik, was spätestens in Wahlkampfzeiten zum Überbietungswettbewerb führt: 8,50 Euro, 10 Euro, wer bietet mehr? Dann entscheiden nicht mehr die Betroffenen.



ALLE 80 SEKUNDEN EIN NEUER ARBEITSPLATZ

Das kostet Arbeitsplätze. Das erschwert Jüngeren und Menschen mit geringer Qualifizierung den Einstieg. Das fördert die Schwarzarbeit.

Ein allgemeiner, flächendeckender Mindestlohn wird niemandem gerecht, sondern trifft am Ende diejenigen, denen er helfen soll. Deshalb wollen wir Liberalen die Tarifpartner stärken. Bereits heute gibt es in Deutschland die Möglichkeit, branchenweise Tarifverträge auf Antrag der Tarifpartner für allgemeinverbindlich zu erklären oder eine Lohnuntergrenze festzulegen. In dieser Legislatur hat Schwarz-Gelb so für weit über zwei Millionen Beschäftigte Lohnuntergrenzen geschaffen. Mehr als jede Regierung zuvor. Diesen Weg wollen wir weitergehen und die Möglichkeiten erweitern.

Auch zukünftig soll die Höhe der Lohnuntergrenzen Branche für Branche festgelegt werden – dezentral und differenziert. Unsere Antwort auf das unzureichende Einkommen vieler niedrigqualifizierter Arbeitnehmer ist zudem stärkeres Engagement in Ausbildung und Weiterqualifikation. Denn das schafft mehr Chancen für mehr Menschen."

Aktionswoche zum Thema Entlastung

Sechs Wochen vor dem 22. September 2013 haben wir die Schlussphase des Bundestagswahlkampfes unter dem Motto „Sechs Wochen kämpfen für die Freiheit" eröffnet. Dabei setzen wir in jeder Woche einen thematischen Schwerpunkt.

Jetzt ansehen: Mein Interview zum Thema Entlastung.

Soli abschaffen. Deutschland entlasten.

30 Jahre nach dem Fall der Mauer ist zusammengewachsen, was zusammengehört. Der Soli kann weg!

SPD, Grüne und Linke setzen auf massive Steuererhöhungen. Das würde Menschen und Unternehmen in Deutschland hart treffen. Die Union hat sich leider noch nicht klar positioniert. Sie warnt lediglich vor „unnötigen" Steuererhöhungen und davor, beim Spitzensteuersatz die Schraube „zu überdrehen".

Die FDP sagt dagegen in aller Deutlichkeit: Wir wollen keine neuen Steuern. Und wo es Spielräume gibt, wollen wir die Menschen entlasten. Darum haben wir die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger in den letzten vier Jahren um 22 Milliarden Euro gesenkt. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Deshalb fordern wir die schrittweise Absenkung und spätestens 2019 die endgültige Abschaffung des Solidaritätszuschlages. Wir wollen, dass die Politik das gegebene Versprechen hält: Der Soli wurde für den Aufbau Ost eingeführt. Und deshalb muss der Soli auch spätestens 2019, wenn der Solidarpakt II ausläuft, Geschichte sein. 30 Jahre nach dem Fall der Mauer ist zusammengewachsen, was zusammengehört. Der Soli kann weg!

Diese Haltung haben wir mit dem zweiten Großflächenplakat und dem Slogan „Soli abschaffen. Deutschland entlasten." klar zum Ausdruck gebracht. Machen Sie mit und plakatieren Sie vor Ort „Soli weg". In unserem Web-Shop können Sie für Ihren Wahlkampf Themenplakate in der Kunststoff- oder Papiervariante jeweils im Format DIN A1 und Argumentekarten zum Soli bestellen. Die Themenplakate gibt es zu subventionierten Sonderkonditionen. Zeigen Sie den Wählerinnen und Wählern, dass wir es mit der Abschaffung des Soli ernst meinen. Deutschland entlasten. Nur mit uns.

Wahlkampftour

Auch wenn ich inzwischen über einige Jahre an Erfahrung als Wahlkämpfer verfüge, ist es dieses Mal dennoch eine neue Erfahrung. Als Generalsekretär reise ich jeden Tag durchs Land und lerne Menschen mit vielfältigen Meinungen, unterschiedlichen Problemen und interessanten Anliegen kennen. Diese Arbeit bereichert mich und ich nehme die Themen, die an mich herangetragen werden sehr ernst.

Wir Freien Demokraten waren immer eine nach oben offene Partei. Die Themen und Ansichten unserer Basis und der Bürger sind Grundlage unserer Arbeit. Durch Sie lernen wir dazu!

Ich muss zugeben, dass es nicht immer einfach ist, alle Anliegen zu beachten und eine Diskussion aktiv zu befördern. Aber es ist wichtig! Denn darum geht es. Eine Demokratie ohne aktive Bürger und lebhafte Diskussionen ist keine. Daher möchte ich mich an diese dieser Stelle herzlich bedanken und Sie dazu auffordern auch weiterhin gemeinsam mit der FDP und mir für Freiheit und gelebte Demokratie einzustehen.

Bilder: Philipp Wehrend; Sebastian Lauwerth

DER FDP-WAHLWERBESPOT

„Ich möchte, dass es auch Ihnen gut geht.“

Rainer Brüderle, FDP-Spitzenkandidat.

Jetzt ansehen.

Damit Deutschland stark bleibt.

Zweitstimme FDP

Vier Jahre FDP in der Bundesregierung. Das waren vier gute Jahre für Deutschland: 1,6 Millionen neue Arbeitsplätze, 22 Mrd. Euro Entlastung für die Mitte der Gesellschaft und der erste strukturell gesunde Haushalt seit über 40 Jahren. Das haben wir gemeinsam geschafft.

Dafür wollen wir weiter arbeiten:

- *Für die **Abschaffung der Kalten Progression und des Solis sowie gegen Steuererhöhungen**, um die Menschen zu entlasten und die Unternehmen unseres Landes weiter zu stärken.*

- *Für die **Schwarze Null im Bundeshaushalt**. Damit wir 2016 endlich erstmalig beginnen, Schulden zurückzuzahlen.*

- *Für die **Unabhängigkeit der EZB**, für die **Stärkung der Bundesbank**, für die **Einhaltung der Stabilitätsregeln** in Europa – und für eine stabile, sichere Währung. Damit auch unser Aufschwung und unser Erspartes sicher bleibt.*

- *Für die **Stärkung der Bürgerrechte**, mehr Freiheit und Vielfalt. Damit jeder Mensch frei und selbstbestimmt leben kann, ohne Angst vor Vorratsdatenspeicherung und Überwachung.*

- *Für **mehr Investitionen in Bildung und Forschung** sowie den **Erhalt des Gymnasiums**, um das Aufstiegsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft zu erneuern und mehr Chancen zu eröffnen.*

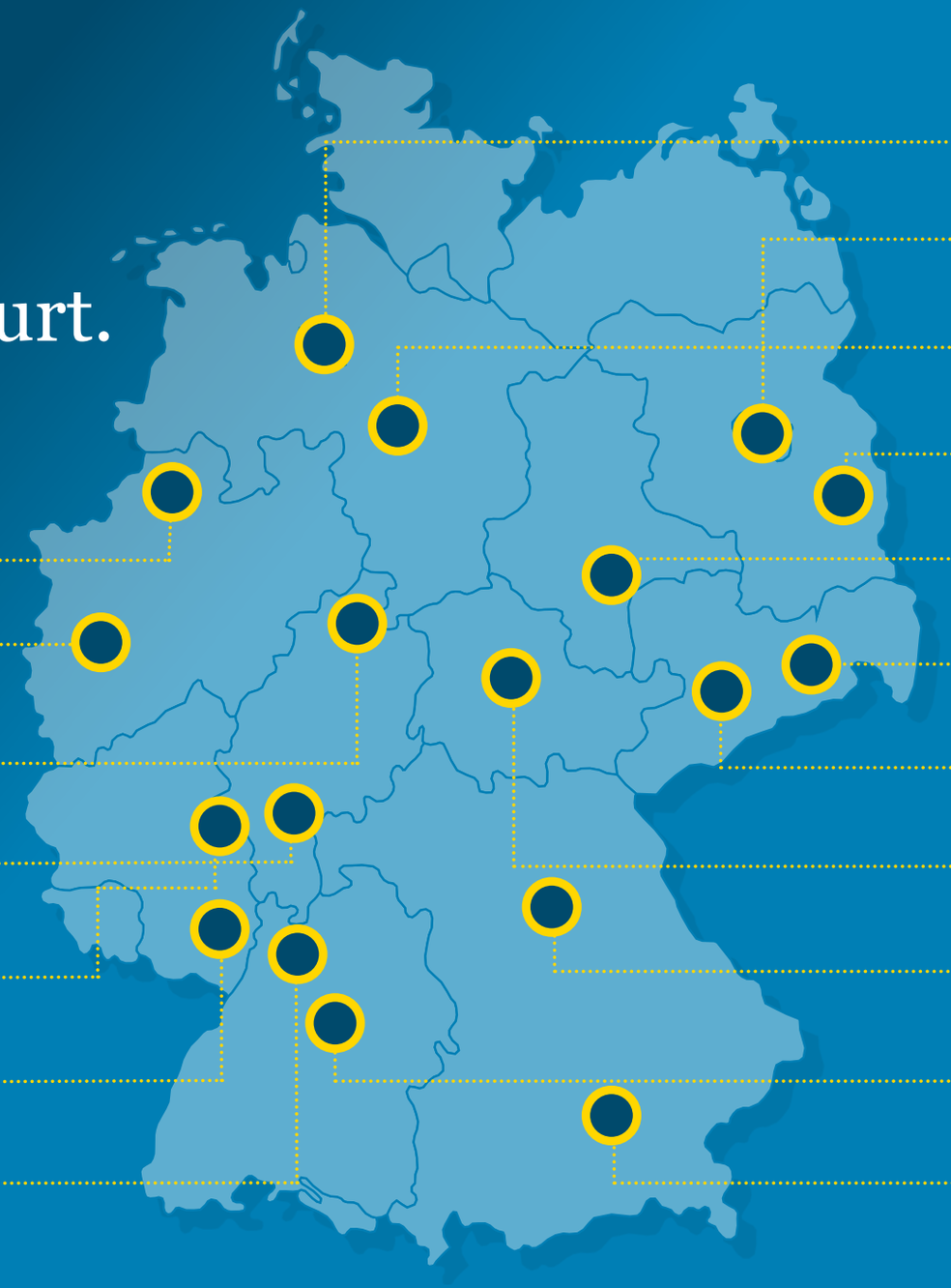
Das alles gibt es nur mit uns. Das geht nur mit der FDP! Und gemeinsam können wir noch viel mehr erreichen: Vollbeschäftigung. Schuldenfreiheit. Mehr Wohlstand für alle. Diese Ziele sind in Reichweite. Aber dafür müssen wir in Deutschland Kurs halten. Darum geht es bei dieser Wahl.

Nur mit uns gibt es klare Verhältnisse für eine erfolgreiche Regierung. Denn eine bürgerliche Mehrheit gibt es nur mit der FDP. Hat Schwarz-Gelb keine eigene Mehrheit, dann bedeutet das: Es gibt eine Mehrheit links der Mitte. Die Alternative zu Schwarz-Gelb ist Rot-Rot-Grün – mit Steuererhöhungsplänen und Bevormundungsfantasien.

Deshalb: Nur mit uns bleibt Deutschland stark. Eine Stimme für die FDP ist eine Stimme für sicheres Geld. Für die Entlastung der Mitte. Für solide Staatsfinanzen. Für Vielfalt in der Bildung. Für Freiheit und Bürgerrechte.

Am 22. September FDP wählen.

Zentrale Großveranstaltungen im Wahlkampf-Endspurt.



Münster// Stubengasse
Sa. 14.09.2013, 14.30 Uhr
Redner: R. Brüderle I G. Westerwelle I D. Bahr

Düsseldorf// Heinrich-Heine-Platz 1
Sa. 21.09.2013, 13.00 Uhr
Redner: P. Rösler I G. Westerwelle I C. Lindner I G. Piltz

Kassel// Kulturbahnhof, Bahnhofsplatz 1
Di. 17.09.2013, 19.00 Uhr
Redner: P. Rösler I J.-U. Hahn I B. Sänger

Frankfurt// An der Hauptwache
Fr. 20.09.2013, 16.00 Uhr
Redner: R. Brüderle I P. Rösler I J.-U. Hahn I C. Schnurr

Mainz// Kurfürstliches Schloss, Peter-Altmeier- Alle 1
Do. 12.09.2013, 18.00 Uhr
Redner: R. Brüderle I P. Rösler I J.-U. Hahn I M. Zeil I V. Wissing

Bad Dürkheim// Salierhalle, Kurbrunnenstraße 30-32
Mi. 18.09.2013, 19.00 Uhr
Redner: R. Brüderle I C. Lindner I V. Wissing

Heidelberg// Halle 2, Güteramtsstraße 2
Fr. 13.09.2013, 19.00 Uhr
Redner: G. Westerwelle I D. Niebel I B. Homburger

Bremen// Swissotel, Hillmannsplatz 20
Mo. 16.09.2013, 18.00 Uhr
Redner: D. Bahr I P. Döring I T. Staffeldt

Berlin// Palais der Kulturbrauerei, Schönhauser Allee 36
So. 15.09.2013, 11.00 Uhr
Redner: C. Lindner I M. Linder

Hannover// An der Marktkirche, Hanns-Lilje-Platz 2
Do. 19.09.2013, 17.00 Uhr
Redner: P. Rösler I P. Döring I S. Birkner

Cottbus// Altmarkt
Di. 10.09.2013, 16.00 Uhr
Redner: P. Rösler I M. Neumann I G. Beyer

Halle// MARITIM Hotel, Riebeckplatz 4
Mi. 18.09.2013, 19.00 Uhr
Redner: P. Rösler I C. Pieper I G. Kley

Dresden// ICC Dresden, Saal 3, Ostra-Ufer 2
Mo. 16.09.2013, 19.00 Uhr
Redner: P. Rösler I H. Zastrow I J. Mücke

Chemnitz// Luxor, Hartmannstraße 9-11
Di. 10.09.2013, 19.00 Uhr
Redner: P. Rösler I H. Zastrow I J. Mücke

Erfurt// Anger
Di. 17.09.2013, 16.00 Uhr
Redner: R. Brüderle I P. Kurth I U. Barth

Nürnberg// Meistersingerhalle, Münchener Straße 21
Mi. 11.09.2013, 19.00 Uhr
Redner: P. Rösler I S. Leutheusser-Schnarrenberger I M. Zeil

Stuttgart// Haus des Sports, Fritz-Walter-Weg 19
Fr. 20.09.2013, 19.00 Uhr
Redner: R. Brüderle I P. Rösler I D. Niebel I B. Homburger

München// Stachus, Karlsplatz
Fr. 13.09.2013, 17.00 Uhr Redner: R. Brüderle I P. Rösler I S. Leutheusser-Schnarrenberger I M. Zeil

IMPRESSUM

BÜRO BERLIN

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 73510
Telefax: 030 / 227 76510

E-Mail: patrick.doering@bundestag.de

TITELBILD

Sebastian Lauwerth

GESTALTUNG UND UMSETZUNG

www.nationaldesign.de